

LÜGE ENTLARVT: „UNPROVOZIERTER ANGRIFFSKRIEG“ | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 26. Januar 2023

*Ein Standpunkt von **Jochen Mitschka**.*

Es ist Donnerstag, und wir schauen wieder einmal mit den Augen des Globalen Südens auf die Welt. Natürlich wurde schon viel darüber geschrieben, wann der Krieg der NATO gegen Russland, oder aus der Sicht der NATO, der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die „westlichen Werte“ begann. Während die Ersteren erklären, dass es mit dem Bruch des Versprechens „keine Osterweiterung“ begann, meinen die Letzteren, dass der Krieg im Februar 2022 startete. Nun will ich ja aus der Sicht des Globalen Südens berichten, und deshalb zu Beginn über einen Artikel im Middle East Eye, welcher die ständig wiederholte Aussage des Westens analysiert, es handele sich bei dem Konflikt um einen „unprovozierten Angriffskrieg“ Russlands gegen die Ukraine.

Verräterische Wiederholungen

Jonathan Cook beginnt seinen Artikel (1) damit, zu erklären, dass es oberflächlich plausibel klang, die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Truppen und Panzer in sein Nachbarland zu schicken, als einen *"unprovozierten Akt der Aggression"* zu bezeichnen. Sollte seine Invasion unangefochten bleiben, stelle er eine Bedrohung für den Rest Europas dar. Und, mag man hinzufügen, man erinnere sich daran, dass jeder, der etwas anderes sagte, mit den Protagonisten der Appeasement Politik gegenüber Hitler verglichen wurden.

Doch dieses Narrativ erscheine zunehmend fadenscheinig, zumindest wenn man über die etablierten Medien hinaus liest, meint der Autor. Jeder, der in den vergangenen elf Monaten die unerbittlichen Bemühungen um eine Eskalation des Konflikts - die zu unsäglichem Leid und Tod führen, die Energiepreise in die Höhe schießen lässt, zu globaler Nahrungsmittelknappheit führen und letztlich einen nuklearen Schlagabtausch riskieren - in Frage gestellt habe, werde als Verräter an der Ukraine angesehen und als Apologet Putins abgetan, und, das sei hinzugefügt, in Deutschland auch schon teilweise von der Justiz verfolgt.

Andersdenkende werden nicht geduldet

Nur sechs Monate bevor Putin in die Ukraine einmarschierte, habe Präsident Joe Biden das US-Militär nach zwei Jahrzehnten Besatzung aus Afghanistan abgezogen. Es sei die Erfüllung eines Versprechens gewesen, Washingtons *"ewige Kriege"* zu beenden, die, wie Biden gewarnt habe, *"uns unsagbar viel Blut und Schätze gekostet haben"*.

Das implizite Versprechen war, dass die Regierung Biden nicht nur die US-Truppen aus den "Sumpfgebieten" des Nahen Ostens - Afghanistan und Irak - nach Hause holen, sondern auch dafür sorgen würden, dass keine US-Steuern mehr ins Ausland fließen. Doch seit dem Einmarsch Russlands habe sich diese Annahme in Luft aufgelöst, berichtet Cook. Zehn Monate später sehe es so aus, als sei dies nie Bidens Absicht gewesen.

Letzten Monat genehmigte der US-Kongress eine gigantische Aufstockung der größtenteils militärischen "Unterstützung" für die Ukraine, wodurch sich die offizielle Gesamtsumme in weniger als einem Jahr auf etwa 100 Milliarden Dollar erhöht habe, wobei zweifellos noch viel mehr von den Kosten vor der Öffentlichkeit verborgen werde. Das sei weit mehr als Russlands jährlicher Militärhaushalt von insgesamt ca. 65 Milliarden Dollar. Washington und Europa haben demzufolge die Ukraine mit Waffen versorgt, darunter auch mit immer mehr Offensivwaffen. Ermutigt davon, habe Kiew das Schlachtfeld immer tiefer auf russisches Gebiet verlagert.

Wie ihre ukrainischen Kollegen sprächen auch US-Beamte davon, dass der Kampf gegen Russland so lange andauern werde, bis Moskau "besiegt" oder Putin gestürzt sei, was zu einem weiteren "ewigen Krieg" führe, wie ihn Biden gerade abgeschworen hatte - diesmal in Europa und nicht im Nahen Osten.

Letzten Monat habe Nato-Chef Jens Stoltenberg gewarnt, dass ein direkter Krieg zwischen dem westlichen Militärbündnis und Russland eine *"reale Möglichkeit"* sei. Einige Tage später sei der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij bei einem Überraschungsbesuch in Washington wie ein Held empfangen worden. Die US-Vizepräsidentin Kamala Harris und die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, entrollten eine große ukrainische Flagge hinter ihrem Gast, wie zwei begeisterte Cheerleader.

Die US-Gesetzgeber, so der Bericht weiter, begrüßten Zelenskij mit einem dreiminütigen stehenden

Applaus. Der ukrainische Präsident rief in Anlehnung an US-Kriegspräsident Franklin D. Roosevelt zum *"absoluten Sieg"* auf.

All dies unterstreiche nur die Tatsache, dass Biden sich den Krieg in der Ukraine schnell zu eigen gemacht habe, indem er Russlands "unprovoked" Invasion ausnutzte, um einen Stellvertreterkrieg der USA zu führen. Die Ukraine habe das Schlachtfeld geliefert, auf dem Washington die unerledigten Aufgaben des Kalten Krieges wieder aufgreifen könne.

Cook meint: Musste Afghanistan "aufgegeben" werden, damit die Schätze Washingtons stattdessen in einen Krieg gegen Russland investiert werden können, allerdings ohne die Leichensäcke der USA?

Feindliche Absichten

Dem sei natürlich entgegenzuhalten, dass Biden und seine Beamten nicht wissen konnten, dass Putin in die Ukraine einmarschieren würde. Es sei die Entscheidung des russischen Führers gewesen, nicht die Washingtons. Außer...

Hochrangige US-Politiker und Experten für die Beziehungen zwischen den USA und Russland - von George Kennan und William Burns, dem derzeitigen CIA-Direktor von Biden, bis hin zu John Mearsheimer und dem verstorbenen Stephen Cohen - hatten seit Jahren davor gewarnt, dass die von den USA geführte Erweiterung der Nato bis vor die Haustür Russlands zwangsläufig eine russische militärische Antwort provozieren würde. Man mag hinzufügen, dass selbst Biden selbst dies einmal zugegeben hat.

Putin habe bereits 2008 vor den gefährlichen Folgen gewarnt, als die Nato erstmals vorschlug, dass die Ukraine und Georgien - zwei ehemalige Sowjetstaaten an der Grenze zu Russland - für eine Mitgliedschaft in Frage kämen. Er ließ keinen Zweifel aufkommen und marschierte, wenn auch nur kurz, in Georgien ein. Hinzufügen sollte man, dass er dies nach der Tötung russischer Soldaten und dem Versuch Georgiens tat, abtrünnige Provinzen mit Gewalt wieder dem Staat einzuverleiben.

Nichtsdestotrotz bekräftigte das Bündnis im Juni 2021 seine Absicht, der Ukraine die Nato-Mitgliedschaft

zu gewähren. Wochen später unterzeichneten die USA mit Kiew separate Pakte über Verteidigung und strategische Partnerschaft, die der Ukraine viele der Vorteile einer Nato-Mitgliedschaft einräumen, ohne sie offiziell zum Mitglied zu erklären.

Zwischen den beiden Nato-Erklärungen, 2008 und 2021, haben die USA Moskau wiederholt ihre feindlichen Absichten signalisiert und erklärt, wie die Ukraine ihre aggressive geostrategische Haltung in der Region unterstützen könnte, führt Cook weiter aus.

Weiter weist der Artikel darauf hin, dass 2001, kurz nachdem die Nato begonnen hatte, sich in Richtung der russischen Grenzen auszudehnen, die USA einseitig aus dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) von 1972 austraten. Einem Vertrag, der ein Wettrüsten zwischen den beiden historischen Feinden verhindern sollte.

Unbelastet von diesem Vertrag errichteten die USA daraufhin ABM-Anlagen in der erweiterten Nato-Zone, und zwar 2016 in Rumänien und 2022 in Polen. Es wurde behauptet, erklärt der Artikel, diese seien rein defensiv, um etwaige vom Iran abgefeuerte Raketen abzufangen. Man möchte hinzufügen, dass diese Behauptung so lächerlich war, dass man wirklich am Verstand der Journalisten zweifeln musste, die dies allen Ernstes unkommentiert verbreiteten.

Moskau, so die Erklärung weiter, konnte jedoch nicht ignorieren, dass diese Waffensysteme auch offensiv eingesetzt werden können und dass erstmals kurzfristig atomar bestückte Cruise Missiles in Richtung Russland gestartet werden könnten. Zu den Bedenken Moskaus sei hinzugekommen, dass Präsident Donald Trump 2019 einseitig aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen von 1987 ausstieg. Dies habe den USA die Tür für einen potenziellen Erstschlag gegen Russland mit Raketen eröffnet, die in neu aufgenommenen Nato-Mitgliedern stationiert sind.

Als die Nato im Sommer 2021 erneut mit der Ukraine flirtete, müsse die Gefahr, dass die USA mit Kiews Hilfe einen Präventivschlag führen könnten, der Moskaus Fähigkeit zu einem wirksamen Gegenschlag zerstören und seine nukleare Abschreckung gefährden würde, den russischen Entscheidungsträgern schwer zu schaffen gemacht haben.

US-Fingerabdrücke

Die postsowjetische Ukraine sei geografisch und wahltechnisch tief gespalten in der Frage, ob sie ihre Sicherheit und ihren Handel von Russland oder von der Nato und der Europäischen Union abhängig machen sollte. Die knappen Wahlen schwankten zwischen diesen beiden Polen. Die Ukraine sei ein Land gewesen, das sich in einer permanenten politischen Krise befand und in einer tiefgreifenden Korruption.

Vor diesem Hintergrund kam es 2014 zu einem Staatsstreich, bei der eine Regierung in Kiew gestürzt wurde, die gewählt worden war, um die Beziehungen zu Moskau zu erhalten. An ihrer Stelle sei eine Regierung eingesetzt worden, die offen antirussisch eingestellt war. Washingtons Fingerabdrücke - getarnt als "Demokratieförderung" - seien überall auf dem plötzlichen Regierungswechsel zu sehen. Und die Veränderungen seien eng mit den geostrategischen Zielen der USA in der Region verbunden.

Viele russischsprachige Gemeinschaften in der Ukraine - vor allem im Osten, Süden und auf der Halbinsel Krim - waren über diese Machtübernahme verärgert. Aus Sorge, dass die neue feindselige Regierung in Kiew versuchen könnte, die historische Kontrolle über die Krim und Russlands einzigen Warmwasserhafen abzutrennen, annektierte Moskau die Halbinsel, so der Artikel. In einem anschließenden Referendum, sprach sich die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für den Schritt aus, heißt es dann dort weiter. In den westlichen Medien sei das Ergebnis weithin als gefälscht dargestellt worden, aber spätere westliche Umfragen hätten darauf hin gedeutet, dass die Krimbewohner der Meinung waren, dass der Vorgang ihren Willen angemessen widerspiegelt.

Doch es sei die östliche Donbass-Region gewesen, die im Februar letzten Jahres zum Schauplatz der russischen Invasion wurde. Im Jahr 2014 brach dort ein Bürgerkrieg aus, in dem die russischsprachigen Gemeinden gegen ultranationalistische, antirussische Kämpfer vor allem aus der Westukraine, darunter unverhohlene Neonazis, antraten. In den acht Jahren der Kämpfe starben viele Tausende.

Während Deutschland und Frankreich mit Russlands Hilfe das so genannte Minsker Abkommen aushandelten, um das Gemetzel im Donbass zu beenden, indem sie der Region eine größere Autonomie versprochen, ließen die USA Geld und Waffen in die Ukraine fließen, bildeten die ultranationalistischen

Streitkräfte der Ukraine aus und bemühten sich um die Integration des ukrainischen Militärs in die Nato durch die so genannte "Interoperabilität", erklärt Cook.

Im Juli 2021, so der Bericht weiter, als die Spannungen zunahmen, hatten die USA eine gemeinsame Marineübung mit der Ukraine im Schwarzen Meer abgehalten, die Operation Sea Breeze, die dazu geführt habe, dass Russland Warnschüsse auf einen britischen Zerstörer abfeuerte, der in die Hoheitsgewässer der Krim einfuhr.

Im Winter 2021 habe dann Moskau, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow feststellte, "unseren Siedepunkt erreicht". Russische Truppen seien in nie dagewesener Zahl an der ukrainischen Grenze zusammengezogen worden - ein untrügliches Zeichen dafür, dass Moskaus Geduld mit der ukrainischen Kollaboration mit den von den USA angezettelten Provokationen am Ende war.

Präsident Zelenskij, der mit dem Versprechen gewählt worden war, den Donbass zu befrieden, aber offenbar nicht in der Lage war, die rechtsextremen Elemente innerhalb seines eigenen Militärs zu bändigen, schlug Cook zufolge genau die entgegengesetzte Richtung ein.

„Ultranationalistische ukrainische Kräfte verstärkten in den Wochen vor der Invasion den Beschuss des Donbass. Gleichzeitig ließ Zelenskij kritische Medien schließen, verbot bald die politischen Parteien der Opposition und verpflichtete die ukrainischen Medien zu einer ‚einheitlichen Informationspolitik‘. Als die Spannungen zunahmen, drohte der ukrainische Präsident damit, Atomwaffen zu entwickeln und eine schnelle Nato-Mitgliedschaft anzustreben, die den Westen weiter in das Gemetzel im Donbass verwickeln und eine direkte Auseinandersetzung mit Russland riskieren würde.“ (1)

Cook erklärt, dass Putins anfängliches Ziel schien, unabhängig von der Darstellung in den westlichen Medien, so leicht wie möglich zu agieren, da Russland eine als illegal ansehbare Invasion startete. Russland hätte von Anfang an seine aktuellen, verheerenden Angriffe auf die ukrainische zivile Infrastruktur durchführen, die Verkehrsverbindungen schließen und in weiten Teilen des Landes die Lichter ausschalten können. Es schien jedoch bewusst eine „shock and awe“-Kampagne im Stil der USA zu vermeiden.

Stattdessen, so Cook weiter, konzentrierte Putin sich zunächst auf eine Machtdemonstration. Moskau scheine fälschlicherweise davon ausgegangen zu sein, dass Zelenskij akzeptieren würde, dass Kiew es übertrieben habe, dass die USA - Tausende von Kilometern entfernt - nicht als Garant für seine Sicherheit dienen könnten, und dass der Druck dazu führen würde, die Ultranationalisten zu entwaffnen, die seit acht Jahren russische Gemeinden im Osten ins Visier genommen hatten.

Aus Moskaus Sicht sehe Putins Fehler weniger so aus, dass er einen unprovoked Krieg gegen die Ukraine begonnen habe, als dass er die Invasion zu lange hinausgezögert hat. Die militärische "Interoperabilität" der Ukraine mit der Nato sei weitaus fortgeschrittener gewesen, als es den russischen Planern offenbar bewusst war.

Der Artikel erklärt dann, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die Minsker Verhandlungen zur Beendigung des Gemetzels im Donbass geleitet hatte, zugab, dass die Vereinbarungen von Minsk2 nur als Deckung gedient hatten, während die Nato die Ukraine auf einen Krieg gegen Russland vorbereitete.

Statt eines schnellen Sieges und einer Einigung über neue regionale Sicherheitsvereinbarungen führe Russland nun einen langwierigen Stellvertreterkrieg gegen die USA und die Nato, wobei die Ukrainer als Kanonenfutter herhalten müssen. Die Kämpfe und das Töten könnten bis in alle Ewigkeit andauern. Da der Westen entschlossen sei, keinen Frieden zu schließen, und so schnell wie möglich Waffen liefert, sehe das Ergebnis düster aus: entweder eine weitere zermürbende, blutige territoriale Teilung der Ukraine in einen pro-russischen und einen anti-russischen Block durch Waffengewalt, oder eine Eskalation bis hin zu einer nuklearen Konfrontation.

Ohne das anhaltende Eingreifen der USA hätte sich die Ukraine schon vor vielen Jahren mit ihrem viel größeren und stärkeren Nachbarn arrangieren müssen - so wie es Mexiko und Kanada mit den USA tun mussten. Eine Invasion wäre vermieden worden.

Washington kümmere sich weniger um die Zukunft der Ukraine als vielmehr darum, Russlands militärische Stärke zu schwächen und es von China zu isolieren, das offenbar das nächste Ziel im Visier der USA sei, die

eine umfassende Welt-Vorherrschaft anstreben.

Gleichzeitig habe Washington erreicht, dass jede Hoffnung auf ein Sicherheitsabkommen zwischen Europa und Russland zunichte gemacht, die Abhängigkeit Europas von den USA sowohl militärisch als auch wirtschaftlich vertieft und Europa dazu gebracht wurde, sich an den neuen "ewigen Kriegen" gegen Russland und China zu beteiligen. Soweit der Artikel.

Kriegspropaganda ändert sich

Am 18. Januar hat Andrew Korybko die langsame Veränderung im westlichen Narrativ „*Ukraine wird gewinnen*“ in einem Artikel (2) beschrieben.

Kein objektiver Beobachter könne jetzt noch leugnen, dass der Trend tatsächlich bestehe, dass das "*offizielle Narrativ*" des Westens von denselben Kräften erschüttert werde, die es künstlich hergestellt hatten, nachdem CNN mit einem Titel auf diesen Zug aufgesprungen sei. Der Reporter des Weißen Hauses, Stephen Collinson, habe einen Artikel veröffentlicht, in dem er dramatisch erklärte, dass "*Biden einen entscheidenden neuen Wendepunkt in der Ukraine erreicht*", was im völligen Widerspruch zu allem steht, was CNN zuvor behauptet hatte.

Nach Ansicht des Mannes, der zu den wichtigsten Wahrnehmungsmanagern der führenden westlichen Mainstream-Medien (MSM) gehöre, "*läuft den USA und ihren Verbündeten auch die Zeit davon, stärkere Waffen zu schicken und die ukrainischen Soldaten im Umgang mit ihnen zu schulen, bevor das zweite, möglicherweise entscheidende Jahr des Krieges beginnt, in dem Russland eine grausame neue Offensive starten könnte*". Dies, so der Autor, sei weit entfernt von dem verfrühten Triumph des vergangenen Jahres, als CNN andeutete, dass Kiews unvermeidlicher Sieg eine vollendete Tatsache sei.

Obwohl er den Elefanten im Raum nicht direkt ansprach, so Korybko, könnten Passagen in dem CNN-Artikel als Anspielung auf die militärisch-industrielle Krise interpretiert werden, die derzeit die Fähigkeit dieses de facto neuen Blocks des Kalten Krieges beeinträchtigen, Kiew weiterhin in demselben Tempo, Umfang und Ausmaß wie bisher zu beliefern. Die erwähnte Krise sei erst letzte Woche von keinem

Geringeren als Bidens Marineminister offiziell anerkannt worden, der davor gewarnt habe, dass die USA möglicherweise bald zwischen der Deckung ihres eigenen Bedarfs und der Deckung des Bedarfs Kiews wählen müssten.

Es gebe eindeutige Anspielungen auf hochrangige ukrainische und ehemalige US-Beamte wie den amtierenden Verteidigungsminister Alexej Reznikow und den ehemaligen Verteidigungsminister Robert Gates, die sich in letzter Zeit für noch mehr als die 100 Milliarden Dollar an Hilfe eingesetzt haben, die Washington Kiew bisher gewährt habe. Die beispiellose Summe, die in nur 10 Monaten an die korrupte ehemalige Sowjetrepublik ausgezahlt wurde, sorge zu Hause bereits für heftige Kontroversen, und es werde erwartet, dass das von den Republikanern geführte Repräsentantenhaus versuchen könnte, weitere derartige Hilfen zu kürzen.

Der Autor weist dann auch darauf hin, dass nun niemand mehr leugnen könne, dass es ein Stellvertreterkrieg der USA bzw. der NATO gegen Russland sei.

Der Vietnam-Veteran, der den Blog Moon of Alabama betreibt, stellt in einem lesenswerten Artikel am 17. Januar (3) indirekt fest, dass zunehmend gefragt werden sollte, ob nicht Russland sogar den Krieg längst gewonnen habe. Aus seinen Ausführungen könnte man schließen:

Hat Russland den Ukraine-Krieg gewonnen?

Während die westlichen Medien nur sehr langsam von ihren Träumen eines Ukraine-Sieges herunterkommen, stellen Analysten fest, dass die russische Armee bereits kurz davor ist, nicht nur eine, sondern schon die zweite Armee vernichtet zu haben. Und wenn der Westen nun die dritte schickt, wird auch diese vernichtet werden. Verschiedenen Argumenten zufolge ist Russland unaufhaltsam dabei, seine Kriegsziele zu erreichen.

Und wenn dadurch die Ukraine entmilitarisiert wird, und die NATO einen großen Teil seiner Waffen verloren hat, kann sich Russland eigentlich nach dem Erreichen der Grenzen seiner neu aufgenommenen Territorien dort einrichten, und lediglich eine Pufferzone „demilitarisieren“ und ansonsten das Vorrücken

einstellen.

Die NATO könnte dann übrigens gesichtswahrend behaupten, Russland davon abgehalten haben, ganz Europa zu erobern, d.h. sowohl der Westen als auch Russland hätten „gesiegt“.

Die Folgen für Deutschland

Die Folgen für Deutschland werden in jedem Fall dramatisch sein. Nach der Sprengung der russischen Pipelines, angewiesen auf vielfach teureres Flüssiggas, deren Terminals die deutschen Gewässer verseuchen, werden die Verbraucher langfristig mit wesentlich höheren Belastungen rechnen müssen. Energieintensive Industrie droht abzuwandern, wobei das Werben der USA nur zu offensichtlich ist. Und die ständige finanzielle Unterstützung der Ukraine durch Deutschland erodiert die Möglichkeiten in die deutschen sozialen Netze zu investieren. Und das, obwohl die unkontrollierte Migration, die zum größten Teil auf die sozialen Netze angewiesen ist, weiter zunimmt. Deutschland wird unweigerlich weiter absteigen, was insbesondere die einfachen Menschen merken werden, während große Konzerne ihre Aktivitäten einfach verlagern.

Gleichzeitig schließen sich die Länder, welche mehr als Zweidrittel der Weltbevölkerung vertreten, unter dem Banner des Multipolarismus, der neuen Handelswege Chinas und neuer Geldsysteme weiter zusammen, und erlangen zunehmend Einfluss auf die Weltpolitik. Wobei sie Russland als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit und gegen den globalen Machtanspruch der USA ansehen. Deutschlands Niedergang, als ganz offensichtlich tributpflichtiger Vasall der USA, wird lange vor dem Imperium selbst zu beobachten sein. Deutschland ist nicht nur militärisch die Opferanode für das Imperium, wie seit der Zeit Kohls bekannt, sondern offensichtlich auch ökonomisch. Nur den indoktrinierten Konsumenten westlicher Massenmedien wird dies vermutlich erst viel später klar werden, wenn überhaupt.

Vorschau

Vielleicht ist das Zögern unseres Bundeskanzlers, Panzer in die Ukraine zu liefern, ein Zeichen, dass gewisse Politikkreise langsam das Problem nicht mehr durchwinken wollen. Und vielleicht kann man

nächste Woche aus Sicht des Globalen Südens einen Hoffnungsschimmer für Deutschland erkennen.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag erreichte uns am 24. Januar 2023, kurz vor dem Beschluss, Leopard-Panzer an die Ukraine zu liefern.

Quellen:

1. <https://www.middleeasteye.net/opinion/russia-ukraine-us-invasion-paved-how>
2. <https://korybko.substack.com/p/cnn-continued-the-latest-trend-of>
3. <https://www.moonofalabama.org/2023/01/ukraine-sitrep-media-ignorance-counter-artillery-war-three-lost-armies-.html>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [Marco Iacobucci Epp](#) / shutterstock